

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

9.12.1919 (No. 288)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. M. C. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Leerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostundenrabatt fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kuppelung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird kein Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Verarbeitung v. Kartoffeln in Brennereien.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Aufbringung von Speisekartoffeln hat sich der Reichswirtschaftsminister damit einverstanden erklärt, daß für das Land Baden Anordnungen getroffen werden, durch welche die nach der Verordnung über Kartoffeln vom 4. September 1919 zulässige Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien eingeschränkt oder gänzlich untersagt wird und die an Brennereien bisher freigegebenen Kartoffeln zur Deckung des Speisekartoffelbedarfs in Anspruch genommen werden.

Angeichts der außerordentlichen Kartoffelnot in den größeren Städten wird auf Grund dieser Ermächtigung gemäß § 8 der genannten Reichsverordnung und § 1 der badischen Verordnung vom 11. September 1919 bis auf weiteres die nach § 4 der erwähnten Reichsverordnung zulässige Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien untersagt.

Zugleich wird angeordnet, daß die den Brennereien bisher zum Brennen freigegebenen und bei ihnen noch vorhandenen Kartoffeln, soweit sie für die menschliche Ernährung brauchbar sind, durch die Kommunalverbände erfasst und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt werden.

Für besondere Fälle, wie z. B. die Gefährdung der Milchversorgung der benachbarten Städte durch die Einstellung eines Brennereibetriebes (Wegzug der sog. Schlempe), können Ausnahmen gestattet werden. Etwaige Anträge hierwegen müssen der Verwaltungsabteilung der bad. Kartoffelverwaltung vorgelegt werden, die mit dem weiteren Vollzug der Anordnung beauftragt ist.

Die Lederpreise.

Ein Artikel in Nr. 281 der Offenburger Zeitung vom Donnerstag den 4. Dezember beschäftigt sich mit den derzeitigen Lederpreisen und dem teuren Schuhwerk.

Er richtet sich seinem ganzen Inhalte nach gegen die Reichsregierung, welche angeblich latentlos und kalt lächelnd dem schamlosen Wuchertreiben auf dem Ledermarkte zusehe. Das ist nicht richtig, denn in den Sitzungen der Deutschen Nationalversammlung vom 13. und 14. Oktober d. J. anlässlich der sogenannten Lederinterpellation hat der Reichswirtschaftsminister ausführlich die Maßnahmen dargestellt, die zur Einleitung einer Restriktion der Lederpreise durch die Zulassung des Schuhschwerz geführt haben.

Aber es scheint in diesem Zusammenhang angebracht, wie es schon in der Sitzung des Landtags vom 25. November geschah, auf die Haltung der badischen Regierung in der Frage der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft in einigen Sätzen einzugehen, um einem etwa erhobenen Vorwurf der Latentlosigkeit von vornherein die Spitze abzubreaken.

Sofort, als die beunruhigenden Wirkungen der Aufhebung der Zwangswirtschaft bekannt wurden, hat sich die badische Regierung an den Reichswirtschaftsminister mit dem dringenden Antrag gewandt, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen und von Reich wegen das Leder zu beschlagnahmen. Als die Deutsche Nationalversammlung dann die Wiedereröffnung der Zwangswirtschaft ablehnte, weil ohne sie in der Schuhindustrie die Arbeitslosigkeit eine ungeheuer große würde und schließlich Schube in Deutschland überhaupt nicht mehr zu haben wären, war die badische Regierung wiederholt und dringlich darauf bedacht, der minderbemittelten Bevölkerung und anderen bedürftigen Kreisen billiges Schuhwerk zu Restriktionspreisen zu verschaffen. Sie drang auf rasche Durchführung der schon erwähnten Restriktionsaktion, die aus den Konjunkturgewinnen des Lederhandels und der Schuhindustrie bestritten wird und erreichte es, daß sie im Aufsichtsrat der zur Durchführung des obigen Zweckes gegründeten G. m. b. H. einen Vertreter zugeworben erhielt. In den letzten Tagen ist denn auch aus Berlin die Mitteilung eingetroffen, daß die Wirkungen der Restriktion demnächst zu spüren sein werden. Die badische Regierung hat dann von sich aus noch den Antrag gestellt, die Herstellung von Luxusfußwerk zu verbieten und zum Schutze des Publikums für alle zum Verkauf gelangenden Schuhwaren die Abstemplungspflicht einzuführen. Andere Mittel und Wege, von sich aus eine Verbilligung des Leders und des Schuhwerzes herbeizuführen, stehen der badischen Regierung vorerst nicht zur Verfügung. Aber das Landespreissamt ist angewiesen, bei etwa verlangten Wucherpreisen, die sich selbst aus den gegenwärtigen Verhältnissen heraus nicht rechtfertigen lassen, rücksichtslos einzugreifen.

Die hohen Preise für Schube und Stiefel sind überaus zu beklagen, aber sie rühren u. a. auch von unserem großen Mangel an Fellen und Häuten her, denn schon in Friedenszeiten

— und zwar im Jahre 1918 — wurden in Deutschland für 538 Millionen Mark Felle und Häute eingeführt. Nach der Beendigung des Krieges und nach der Besetzung von Worms, Straßburg und Köln, den Hauptquellen der deutschen Lederindustrie, haben die Verschöbungen von Fellen und Häuten und deren Verarbeitung außerhalb der Zwangswirtschaft, immer größeren Umfang angenommen. Um nun in der Lederindustrie die Arbeitslosigkeit einigermaßen einzudämmen (während des Krieges wurde nur zu etwa 30 bis 40 Prozent gearbeitet), mußte die Einfuhr von Fellen und Häuten nach Deutschland erleichtert werden; deswegen erfolgte die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Sie hat, einerlei wie man sich zu ihr stellt, wenigstens den Vorteil erreicht, daß unsere Schuhproduktion im September bereits um 50 Prozent gestiegen war. Das ist, volkswirtschaftlich gedacht, immer noch vorteilhafter, als die Einfuhr fertiger Schuhwaren aus dem Ausland und die Bezahlung von staatlicher Unterstützung an arbeitslose deutsche Schuhmacher.

Einlösung v. Zinscheinen u. Anleibestücken

Die Verordnung des Reichsfinanzministeriums, wonach vom 1. Dezember ab Zinscheine sowie zur Rückzahlung fällige Stücke öffentlicher Anleihen, also auch der badischen Staatsanleihen, nur noch von solchen Banken, Sparkassen oder Kreditgenossenschaften eingelöst werden dürfen, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zinsbogen mit dem Erneuerungsschein hinterlegt ist, bezieht sich nicht auf Forderungen aus Eintragungen im Reichs- und Staatsschuldbuch; Zinsen aus solchen Forderungen können ebenso wie die aus Sparanlagen wie bisher ohne weitere Hindernisse abgehoben werden.

Im übrigen dürfen auch künftig die amtlichen Einlösungstellen sowie Banken, Sparkassen oder Kreditgenossenschaften, bei denen die Papiere oder Zinsbogen nicht hinterlegt sind, Zinscheine sowie zur Rückzahlung fällige Stücke der badischen Staatsanleihen in nachstehenden Fällen unmittelbar zur Einlösung annehmen:

1. Der im Auslande wohnende oder dort sich dauernd aufhaltende und für das Einkommen aus den Wertpapieren im Inlande nicht steuerpflichtige Eigentümer gibt die vorgeschriebene widerrechtliche Erklärung ab.
2. Der Eigentümer weist bei dem für ihn zuständigen Steuerkommissar ein Verzeichnis seines Besizes an Wertpapieren unter Angabe von Kennwert, Gattung und der üblichen Unterscheidungsmerkmale in doppelter Ausfertigung ein, und legt dann die mit dem Besichtigungsmerkmal über die Anmeldung der Forderung und ihm vom Steuerkommissar zurückgegebene eine Ausfertigung der Kasse oder der Bank vor, bei der er die Papiere einlösen will.
3. Der Eigentümer übergibt unmittelbar der Kasse oder der Bank, bei der er die Zinscheine oder Papiere einlösen will, das in obiger Weise aufgestellte Verzeichnis seines Besizes an Wertpapieren in doppelter Fertigung. Die Kassen oder Banken geben eine Fertigung dem Eigentümer zurück, die zweite übergeben sie dem zuständigen Steuerkommissar und die dritte behalten sie drei Jahre lang auf.
4. Die Papiere, die oder deren Zinscheine eingelöst werden sollen, sind Eigentum des Reichs, der Länder, Gemeinden (Gemeindeverbände), sonstiger öffentlich-rechtlicher Körper, schaft oder von Stiftungen, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften unmittelbar verwaltet werden; in diesen Fällen muß bei der Einlösung jedesmal der Bank oder Kasse ein summarisches, mit Unterschrift und Stempel der Behörde versehenes Verzeichnis der Papiere übergeben werden, das von der Bank oder Kasse drei Jahre lang aufbewahrt wird.
5. Der Einzelner übergibt mit einem Zinschein mit Fälligkeitstermin vom 1. Januar 1920 eine Bescheinigung des zuständigen Steuerkommissars, daß der Einzelner den Zinschein vor dem 1. Dezember 1919 an Zahlungsstatt angenommen hat. Der Steuerkommissar wird diese Bescheinigung erteilen, wenn der Einzelner ihm den Empfang des Zinscheines an Zahlungsstatt glaubhaft nachweist. Die Bank oder Kasse hat nach der Einlösung des Zinscheines die Bescheinigung zu vernichten.

Die gleichen Vorschriften gelten für die Reichsanleihen. Hier sind außerdem neben den Banken die öffentlichen badischen Kassen, die Zinscheine der Reichsanleihen an Zahlungsstatt annehmen dürfen, ermächtigt, Zinscheine der Reichsanleihen und der Reichsschatzweisungen mit Fälligkeitstermin vom 2. Januar und 1. April 1920 entgegenzunehmen, wenn der Einzelner den schriftlichen Nachweis führt, daß ein entsprechender Betrag Reichsanleihe oder Schatzweisungen gegen Erwerb von Staatsgut für Rechnung des Reichsbesverwertungsamtes oder seiner Verkaufsstellen unmittelbar bei einer solchen Stelle oder Bank in Zahlung gegeben worden ist. Auf dem als Belegmittel vorgelegten und dem Einzelner zurückzugebenden Schriftstück müssen Kasse oder Bank die Einlösung vermerken.

* Die Entente und wir.

Noch liegt die Antwortnote der Entente im Wortlaute nicht vor. Offenbar ist ihr endgültiger Text überhaupt noch nicht festgestellt. Dafür hat aber der Oberste Rat der Alliierten offiziös Artikel in die Pariser und Londoner Presse lanciert, nach welchen eine maßvolle Antwort mit gewichtigen Milderungen zu erwarten sei. Die Kommentare, die wir in der ausländischen und neutralen Presse lesen, lassen denn auch erkennen, daß man zuverlässig mit einer verhältnismäßig entgegenkommenden Haltung des Obersten Rates rechnet. Soffentlich gibt es keine Enttäuschung!

Wie es heißt, ist diese Wendung auf das Eintreten Amerikas und Englands zurückzuführen. Diese beiden Länder wollen anscheinend nicht, daß Deutschland wirtschaftlich völlig ruiniert wird. Und deshalb haben sie dafür plädiert, daß man die Forderung nach Auslieferung der 400 000 Tonnen Docks, Wagger usw. so modifiziere, daß sie für uns erträglich und ausführbar werde. Inzwischen ist ja auch durch den Inzeratenteil der Londoner Presse bekannt geworden, daß man in England diese 400 000 Tonnen garnicht dringend benötigt, sondern das Material als altes Eisen verkaufen würde. Auch die Bestimmung des Protokolls, wonach Frankreich nach erfolgter Ratifikation jederzeit das Recht haben soll, in Deutschland einzumarschieren, falls die Bedingungen des Friedensvertrages nicht pünktlich eingehalten werden, soll fortfallen; wie es heißt, will man sich mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages begnügen.

Bezeichnenderweise hat sich nun aber auch Clemenceau bereit, zu verkünden, daß er keineswegs bewußt deutschfeindlich sei, ja, daß er eine Haltung einnehmen wolle, über die man sich auch in jenen deutschen Kreisen, die ihm alles Böse zutragen, wundern werde. Wir wollen abwarten, welche Taten dieser Ankündigung folgen werden.

Gleichzeitig hat Clemenceau, wie wir einem Pariser telefonischen Bericht der „Baseler Nationalzeitung“ vom 6. Dezember entnehmen, seine Meinung über die deutschen Verhältnisse in einer Weise geäußert, die mancher Bedeutsame enthält und bei uns sorgsam beachtet werden sollte.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß die Entente, vor allem aber Frankreich, sich in ihrer gesamten Politik uns gegenüber in erster Linie durch das Verhalten der deutschen Reaktion beeinflussen läßt, daß diese Politik aber grundsätzlich keine feindliche Spitze gegen das demokratische Deutschland, gegen die Reichsregierung, aufweist. Nach dem Bericht der „Baseler Nationalzeitung“ sind die alliierten Kabinette, vor allem das französische, und vorab Clemenceau entschlossen, die Art an die Wurzel des Berliner ancien Régime zu legen. Man unterschätze in Paris keineswegs die Schwierigkeiten, in der sich die gegenwärtige deutsche Regierung befindet, und sei sich auch völlig bewußt, daß die Konfrenzpolitik der letzten Wochen und besonders die von den alliierten Generalstäben ausgearbeiteten Aktionspläne diese Schwierigkeiten noch steigern werden. Aber man ist sehr gut durch den Informationsdienst, welchen Saguenin in Berlin organisiert hat und leitet, unterrichtet. Man setze ferner den guten Glauben und die Loyalität eines Moskows und Ebert voraus. Man würde auch nicht ungern mit diesen Leuten zu tun haben. Aber man hält sie für zu wenig gewiegt, als daß sie auf die Dauer allein und selbständig gegen die geschulten Kräfte der alten Regierung aufkämen, die die eigentlichen Macher der derzeitigen deutschen Außenpolitik seien. Die deutsche Revolution habe im Gegensatz zu anderen politischen Umwälzungen die bisherigen Organe der Staatsgewalt mit Ausnahme der Dynastien im Amt gelassen. Es sei der deprivierte (heruntergekommene) Nachwuchs der wilhelminischen Ära, mit dem sich die Entente nicht weiter herumzulegen will.

Selbstverständlich werden unseren Alldeutschen diesen

Mit zwei Beilagen: 8. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags und Gewinnliste der Wormser Dombau-Geldlotterie.

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Darlegungen gegenüber sofort wieder darauf hinweisen, daß sich dahinter lediglich die diabolische Absicht verberge, Deutschland völlig zu demütigen und einzuwideln, und daß die Reaktion die einzige Möglichkeit darstelle, um dieser Gefahr zu entkommen.

Solche Argumente sind, wie wir schon mehrfach an dieser Stelle hervorgehoben haben, nicht nur unsinnig, sondern noch viel mehr gefährlich. Denn erstens ist unsere Lage doch wahrhaftig so, daß wir kaum noch wehlofer gemacht werden können. Zweitens wissen wir, daß die Entente selbst, infolge der nun einmal bestehenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verflechtung unserer Lage mit ihrer eigenen, das größte Interesse an der Wiedergeburt Deutschlands hat. Drittens wissen wir zur Genüge, daß die Furcht, die die Entente vor der Möglichkeit einer Wiederverstärkung des preussischen Militarismus hat, an sich wohl übertrieben ist, faktisch aber nun einmal existiert und durch die aberwitzige Agitation der Reaktionen und Alldeutschen eine gewisse Existenzberechtigung empfangt.

Ein Teil unseres Volkes hat leider aus den Erfahrungen des Krieges, aus den Ereignissen des letzten Jahres gar nichts gelernt. Er ist noch immer der Ansicht, daß man mit dumm-schlauer Grobheit, mit Säbelrazzeln und wildem Augenrollen mehr erreichen könne, als mit einer Politik der Verständigung und der Mäßigung. Wir nehmen das, was Clemenceau und die ihm nahestehenden Kreise dem Vertreter der „Baseler Nationalzeitung“ mitgeteilt haben, gewiß nicht wortwörtlich. Aber sowohl aus diesem Bericht, wie aus hundert anderen Verlautbarungen und Pressestimmen des Auslandes geht deutlich hervor, mit welchen schweren Bedenken dieses gesamte Ausland (die Neutralen mit eingerechnet) das Gebaren der deutschen Reaktion betrachtet. Und so enthält denn auch diese neue Pariser Meldung etwas, was wir unter keinen Umständen ignorieren sollten, nämlich: eine sehr ernste Mahnung an unser ganzes Volk.

Es ist ein Wahnsinn, jetzt, wo wir am Boden liegen und uns nur mit Hilfe unserer Feinde wieder aufrichten können, diese Feinde fortgesetzt zu beschimpfen und ihnen Tag für Tag zu sagen, daß wir uns den Kuckuck um sie scheren, ja, daß wir ihnen am liebsten an die Kehle möchten. Das ist eine gefährliche, gleichzeitig aber auch eine verlogene und unsittliche Politik, die des deutschen Namens unwürdig ist.

Wir wollen ehrlich die furchtbar harten Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllen, wir wollen uns ehrlich mit unseren Feinden, mit der ganzen übrigen Welt arrangieren. Und wir sind überzeugt, daß, wenn erst einmal dieser feste Wille in die Tat umgesetzt ist und vom Auslande begriffen und anerkannt wird, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und der übrigen Welt ganz von selbst bessere und hoffnungsvollere werden. Nichts aber kann für eine solche Politik, die uns allein Rettung verspricht und uns allein eine bessere Zukunft garantiert, schädlicher sein, als die frumpelose, von keinerlei Rücksichten bedachte Agitation der reaktionären Parteien.

Die Reichsregierung wird sich zweifellos die Frage vorzulegen haben, ob es noch gut ist, diese Agitation sich weiter zum Schaden des Reiches, zum Schaden unseres Volkes auskosten zu lassen. Denn eines ist jedenfalls völlig klar und wird gerade durch die Ereignisse der letzten Zeit bestätigt: wir werden nur dann einen wahren Frieden bekommen und nur dann jene Hilfsaktionen wirtschaftlicher und finanzieller Art von Seiten des Auslandes erwarten dürfen, wenn es uns gelingt, jene Auswüchse der reaktionären Agitation — denn nur die Auswüchse sind es, die wir bekämpfen — zu beschneiden.

I. Musikaufführung des Münzchen Konservatoriums.

Trotzdem die kunstmäßige Übung der Musik im 18. Jahrhundert auf kleinere Kreise beschränkt blieb, sind die Werke der in harter Arbeit gedrückten Berufsmusiker doch populär geworden im besten Sinne und wirken noch heute jugendfrisch, vielleicht gerade weil die Musikpflege der Gegenwart — proletarisiert. In der Entartung des Geschmacks von heute, die alle Aristokratie wiederzugeben, gibt es kein besseres Mittel als die Flachheit und das Unverständnis zurückzuführen in die würdige Umgebung jener — nun sagen wir ruhig — primitiven Meister, feilsche Emotionen wieder mit deren einfachen Ausdrucksmitteln, den unvergleichlich fein geordneten kontrapunktischen Kombinationen und goldklaren Dreiklangfolgen zu erzielen. Dies ist wohl auch die tiefere Willensabsicht, die in den von dem Münzchen Konservatorium geplanten Aufführungen zum Ausdruck kommen soll. Das Historische steht an zweiter Stelle. Deshalb hätte ich gewünscht, daß Herr Direktor Münz in den erläuternden Einführungsworten den Hörer mehr auf das Kunstwerk als auf dessen Schöpfer eingestellt hätte, daß er uns einen wirklichen Maßstab für die schadenlose Reinheit jener Werke in die Hand gegeben hätte. Denn das historische Interesse allein ist doch nur Hilfsmittel, nicht Selbstzweck gegenüber den kraftvollen Manifestationen des uns besonders nahe stehenden Johann Kaspar Fischer, der schon die glanzvollen Händel eines J. S. Bach weicht, oder gar Haydn gegenüber, der technisch Ungeheures tümt und die Musik ganz mit der Intensität seiner Seele zu durchdringen weiß. Die Wiedergabe der Werke war recht bemerkenswert, sauber und stilgemäß, das Violinlängert C-dur Haydns sogar eine Glanzleistung des Meinen Karl Huber, der stürmischen Beifall erntete. Auch das Orchester hielt sich im instrumentalen Zusammenklang sehr tüchtig und zeigte sich besonders rhythmisch gut geschult. Ansprüchliche Soloführung hatten die 4 von Fr. Hildegard Großkopf gesungenen Haydnlieder, die übrigens durch den modernisierten sehr geschickten Klavierfah Dr. Bellardis weit über ihre ursprüngliche Genusalljährlichkeit hinausgehoben wurden. Es ist zu hoffen, daß zu den folgenden Veranstaltungen des Konservatoriums, die uns ebenfalls süßliche musikalische Kultur vermitteln wollen, ein ebenso zahlreiches Publikum sich einfindet. H. Sch.

und damit der ganzen Welt, nicht bloß der Entente, den Beweis zu erbringen, daß wir wirklich im Innern unseres Herzens friedfertig sind und die Kraft haben, der Verwickelungen einer kriegstreiberischen, reaktionären Agitation Herr zu werden.

Leider haben wir bereits wieder einen neuen Fall, der so recht zeigt, wie unpolitisch doch ein großer Teil unseres Volkes noch ist. Dieser Fall betrifft die Aktienpublikation Kautskys über den Ausbruch des Krieges. Diese Publikation ist nicht durch die Schuld Kautskys, sondern durch gewisse Zufälle anderer Art im Auslande eher bekannt geworden, als bei uns. Das ist peinlich und keineswegs zu billigen. Aber doch wieder auch recht nebensächlich. Denn die Hauptsache bei der ganzen Geschichte bleibt doch immer nur der Inhalt der Akten selbst.

Und nun sehe man sich einmal die deutsche Presse an. Ein ganz erheblicher Teil dieser Presse hält sich bei jener Hauptsache, also bei den Akten selbst, garnicht auf, sondern sie ereifert sich über das Drum und Dran der verfrühten Veröffentlichung im Auslande, beschuldigt Kautsky der Geldgier — Ludendorff und Tirpitz haben wohl mit ihren „Memoiren“ nichts verdient?! — und machen aus einer für unsere ganze Politik überaus ersten Angelegenheit zu parteipolitischen Zwecken einen sehr nebensächlichen „Fall Kautsky“. Im übrigen verlangt die Gerechtigkeit festzustellen, daß Kautsky selbst sich überzeugend entschuldigt und den Vorwurf frumpeloser Gewinnsucht zurückgewiesen hat.

Der Zweck des ganzen reaktionären Manövers ist ja sonnenklar: man will die öffentliche Aufmerksamkeit von den geradezu erschütternden, den Ruf der kaiserlichen Auslandspolitik einfach vernichtenden Feststellungen jener Akten ablenken und benutzt dazu die parteipolitische Hege, die Abneigung, die parteipolitisch der Person des Sozialdemokraten Kautsky von den Kreisen des rechtsgerichteten Bürgertums entgegengebracht wird. Das neutrale Ausland ist über eine solche Behandlung dieser doch wahrlich ernst zu nehmenden Angelegenheit mit Recht erstaunt; man begreift uns wieder einmal nicht und fragt sich, was soll aus einem Volke werden, in dem sich noch immerhin erhebliche Schichten finden, die verblendet und töricht genug sind, um auf dieses reaktionäre Manöver hereinzufallen.

Politische Neuigkeiten.

Die Verzögerung der Ententenote.

Die Beratungen über die Note, die den Deutschen überreicht werden soll, wurden nach einer Meldung des „L.“ aus Paris 48 Stunden unterbrochen, und zwar, wie das „Journal“ meldet, wieder einmal, weil die englischen Staatsmänner auf ihr Wochenende nicht verzichten wollten. So war man sich am Sonntag noch nicht klar, ob die Note am Montag überreicht werden könnte. Es sei kein Zweifel, daß nicht nur die Nationalisten, sondern auch die große Mehrheit des Bürgertums eine prinzipielle Weigerung Deutschlands, überhaupt den Weg der Verhandlungen weiter zu beschreiten, jetzt mit Freude begrüßen würden. Denn eine solche Weigerung könnte Frankreich erlauben, auf alle hochhohen Okkupationspläne wieder zurückzugreifen, die man vor einem halben Jahr mit Rücksicht auf Wilson und mit Rücksicht auf die jetzt ausgeschallenen französischen Sozialisten aufgegeben hat. Eine Gewaltpolitik Hochs mit den beiden Zielen, der Annexion des ganzen linken Rheinflusses und der Aufstellung des Reiches, hätte jetzt eine starke Mehrheit im Parlament und würde vermutlich nicht einmal auf vielen Widerstand bei den Sozialisten stoßen.

Bonar Law über die Ratifizierung.

Im englischen Unterhaus sagte in Erwiderung auf eine Anfrage Bonar Law: Zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung finden Verhandlungen im Hinblick auf die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages statt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Englische Verurteilung Frankreichs.

Das Pariser Blatt „Deubre“ erklärt: Die Delegierten Englands haben die Verantwortung für die Drohungen, denen die Deutschen ausgesetzt werden sollen, nicht übernehmen wollen und deshalb Instruktionen von ihrer Regierung verlangt. Aus diesem Grunde ist die gebietende Note dem Freiherrn von Lerzner noch nicht zugestellt worden.

Der Marloh-Prozess.

Bei der Fortsetzung der Beweisaufnahme im Prozess Marloh vom Samstag, kam es zunächst zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Zeugen Kessel. Es folgte

Johann die Vernehmung des Generalkonzepts von Dercken, der am 8. November von Pfarrer Rump eingeladen worden war zu einer Besprechung mit Oberleutnant von Kessel in der Wohnung Rumps. Der Zeuge betonte u. a., daß von Kessel von allem gefordert habe, daß Marloh verschwinden müsse. Er (vom Zeugen) habe dann Herrn von Kessel erklärt, daß für diesen Zweck eine Summe von nicht weniger als 500 000 M. erforderlich sei in der Erwartung, daß von Kessel diese ungeheure Forderung ablehnen werde. Herr von Kessel habe zwar auch die Vergabe von 500 000 M. abgelehnt, jedoch erklärt, daß er sich dafür verbürgen könne, daß 200 000 M. bezahlt werden würden. Er habe Finanzleute hinter sich, die die Summe hergeben würden. Die Beweisaufnahme ist nunmehr definitiv abgeschlossen worden.

In der Schlussverhandlung am Montag beantragte der Anklagebetreuer gegen Marloh wegen Falschschlags, unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von drei Jahren 2 Monaten Gefängnis, von denen 2 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden sollen. Das Urteil soll heute nachmittags verkündet werden. Oberleutnant von Kessel ist, wie verlautet, auf seinen Wunsch vorläufig vom Dienst entbunden worden. Gleichzeitig hat er die Einleitung eines Verfahrens gegen sich vor einem Zivilgericht beantragt. Wie eine Korrespondenz mitteilt, wird gegen Oberleutnant Kessel, Pastor Rump und einige andere Zeugen im Prozess Marloh eine Strafverfolgung wegen Begünstigung zur Flucht eingeleitet werden.

Der Vorarlberger Landtag für das Selbstbestimmungsrecht.

Aus Bregenz meldet das W. Storr-Büro vom 8. Dez. In der heutigen Landtagssitzung, in der die Frage des Selbstbestimmungsrechts Vorarlbergs beraten wurde, gelangte ein Antrag des Landesrats, der Landtag solle von der Staatsregierung in Wien verlangen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht des Landes Vorarlberg anerkenne und die Frage des Selbstbestimmungsrechts beim Obersten Rat in Paris bezügliche Vorfälle anhängig mache, mit 20 gegen 7 Stimmen zur Annahme. Durch einen weiteren Antrag wird der Landesrat ermächtigt, das Selbstbestimmungsrecht erforderlichenfalls selbst geltend zu machen. Ferner bestimmt ein Antrag, daß die Gemeinden aufzufordern seien, die Stimmlisten selbst auf dem Laufenden zu halten, damit eine Volksabstimmung, wenn eine solche nötig sei, sofort durchgeführt werden könne. Außerdem wird in einem Antrag des Landesrats der Rat zur Vorkommnisse zu treffen, für den Fall, daß vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht werden sollte. Sämtliche Anträge wurden gegen die Stimmen der sozialdem. Mitglieder angenommen.

Kleine Nachrichten.

Durch den Beitritt der Unabhängigen Sozialdemokraten ist eine Entschärfung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission auf Zusammenschluß der revolutionären Parteien zu einer tatkräftigen Internationale, die sich der Moskauer, dritten Internationale und ihrem Bekenntnis zum Rätesystem und der Diktatur des Proletariats anschließt, mit 277 gegen 64 Stimmen angenommen worden.

Badische Ueberlicht.

Erschwerung d. Steuererhebungsgeschäfts

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Beamten der Steuereinnahmehereien werden nicht selten durch größte Schimpfereien behelligt, durch welche Steuerzahler ihren Unmut über die abgeforderten hohen Steuerbeiträge oder über berechnete Versäumnisgebühren in derbster Weise zum Ausdruck bringen. Daß der Gang zur Steuereinnahmeherei bei den Steuerzahlern in der gegenwärtigen Zeit der Teuerung keine erfreulichen Gefühle auslöst, ist wohl begreiflich, nicht verständlich ist aber, daß die Steuerzahler ihre verdrückliche Stimmung gerade den Beamten der Steuereinnahmeherei gegenüber fund geben, die doch nur ihre Vorschriften befolgen und durch die größten Auslassungen in ihrer peinlichste Aufmerksamkeit erfordernden Dienstleistung gehindert werden.

Der Hinweis darauf, daß die Steuereinnahmehereibeamten an sich keinen leichten Dienst haben, dürfte als Ermahnung an die Steuerzahler dienen, sich aller ausfälligen Bemerkungen über die Beamten der Steuerverwaltung bei ihrer Steuerentrichtung zu enthalten und ihnen nicht unnötigerweise ihren Dienst zu erschweren.

Vermittlungsgebühren für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Nach Verordnung des Staatsministeriums werden für die Tätigkeit der mit Vermittlung nach den besetzten Gebieten betrauten Verkehrsbevollmächtigten mit Wirkung vom 15. November d. J. ab Gebühren erhoben. Die Gebühren betragen: a) für die Erwirkung einer Einreiseerlaubnis oder ihrer Erneuerung 2 M., b) für die Erwirkung eines Dauerbesuchsweises 5 M., für die Erwirkung seiner Erneuerung oder Verlängerung (zweite Gebühr) 2 M., c) für die Erwirkung eines Tagesbesuchsweises 50 Pf.

Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie Angestellte dieser Körperschaften sind, wenn sie das besetzte Gebiet in

10 Dez.	bis 8. Jan.	1. — 13. März	15. März
Zeremonieabschluss der Spar-Prämienanleihe	Einzahlung	Aushändigung der Stücke an den Zeichner	Erste Gewinnziehung

Ausübung ihres Dienstes betreten, von der Verpflichtung zur Entziehung der festgesetzten Gebühren befreit. Aus Billigkeitsgründen kann im Einzelfalle von Erhebung der Gebühren abgesehen werden. Das Ministerium des Auswärtigen ist mit dem Vollzug beauftragt.

Eine karlsruher Kundgebung für Herausgabe unserer Gefangenen.

• Eine imposante Versammlung von Männern und Frauen, der u. a. auch Staatspräsident Geis und Arbeitsminister Rüdert beiwohnten, hatte sich am Sonntag auf Einladung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in der karlsruher Festhalle zusammengefunden, um gegen die barbarische Zurückhaltung unserer gefangenen Brüder durch Frankreich Protest einzulegen. Univeritätsprofessor Paritsch, der Vorsitzende der badischen Kriegsgefangenenfürsorge, hielt eine von Schmerz und Empörung getragene Ansprache, in der er ausführte, daß heute auf Millionen Lippen der Ruf an Frankreich liegt: „Heraus mit unseren Gefangenen!“ Darin gedachte er dankbar der Kundgebungen des Schweizerischen Bundesrats und des Papstes zugunsten der Gefangenen. In Italien und Frankreich erhebe das Volksgewissen in einzelnen Teilen des Volkes seine Stimme. Wir aber seien müde, immer wieder zu protestieren. Im Januar habe uns der Protest zum erstenmal nach dem Wirtswort der Revolution geübt. Die inwärtigen Heimgekehrten sollen wissen, daß ihre Leiden uns nicht gleichgültig waren. Heute stellte Clemenceau es so dar, als ob es nur eine künstliche Agitation gewesen sei. Das sei un wahr. Das beweist der Volksbund, der im Wintertraum zur Regierung entwand und über den Parteien stehe. Im Gedanken an unsere gefangenen Brüder habe Deutschland eine Wiedergeburt erlebt.

Der Redner schilderte dann die vergeblichen Bemühungen der deutschen Regierung in der Kriegsgefangenenfrage und die wiederholten Wortbrüche Frankreichs. Heute stellt, so führte er weiter aus, Frankreich neue Bedingungen für Dinge, die wir nicht beantworten können und die nichts mit der Gefangenenfrage zu tun haben. Auch dabei hat Frankreich seine Versprechungen verletzt. Wenn Deutschland die neuen Bedingungen unterschreibt, haben wir immer noch keine Gewißheit für unsere Gefangenen. Wir stehen vor einem neuen Ultimatum! So ist heute die Lage!

Nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich habe ein Interesse an der Herausgabe unserer Gefangenen. 700 000 Mann sind im verwüsteten Gebiet und kosten die französische Regierung mehr als sie leisten. Ihre Unterkunft ist schlecht, ihre Ernährung schwierig. Der Arbeitserfolg steht in keinem Verhältnis zu ihren Leiden. Elanarbeit hat noch nie etwas genützt. Für uns Deutsche ist aber die seelische Belastung durch die Gefangenen eine ganz fürchterliche. Clemenceau behauptet, Frankreich behandle die Gefangenen human! In St. Quentin liegen 8 Gefangenenkompanien in Zelten in Schmutz und Mäße? Ist das human? Die Leute sind schlecht genährt und schlecht gekleidet. Ist das human? Von ihnen werden 10 Prozent mit schweren Krankheitskeimen zurückkommen. Wenn Clemenceau von humaner Behandlung sprechen will, so lese er die Berichte des Genfer Roten Kreuzes über die ungenügenden sanitären Maßnahmen Frankreichs! Wir müssen uns klar darüber sein, daß uns als Waffe nur das Wort bleibt, daß wir Arbeit für die Gefangenen nur am Verhandlungstisch leisten können. Frankreich gibt uns keine Garantie. Darum fordern wir von unserer Regierung, daß

sie die Lage darlegt, wie sie ist. Darum bitte ich Sie, folgende Entschlüsse anzunehmen:

• Eine Versammlung von Tausenden badischer Männer und Frauen dankt der Schweizer Eidgenossenschaft und dem Papst, sowie den freundlichen feindlichen Stimmen für ihr Eintreten zu Gunsten der Herausgabe der deutschen Gefangenen. Die Versammlung erwartet, daß die Reichsregierung die Verhandlungen mit Frankreich derart führt, daß diesmal die endliche Heimkehr der Gefangenen gesichert sei.

• Ob Deutschland das Ultimatum annehmen soll, entscheiden wir nicht; das muß am Verhandlungstisch geschehen. (Lebh. Beifall.)

Im Namen der Angehörigen der Gefangenen kennzeichnete Oberbürgermeister a. D. Siegrist die Erklärungen Clemenceaus über die angeblich humane Behandlung der Gefangenen als Lug und Trug. Er dankte der Schweiz, dem Papst, dem Prinzen Max sowie den Korporationen, die sich für die Gefangenen verdient gemacht, ebenso auch dem Redner Dr. Paritsch und richtete an alle Männer und Frauen, die sich um unsere Gefangenen bemühten, die Bitte, in dieser Arbeit auszuweichen. Wir müssen, so erklärte er u. a., hierin auch die Reichsregierung unterstützen. In den nächsten Tagen werden schwere Forderungen an uns gestellt. Wir wollen nicht verlangen, daß die deutsche Regierung wegen der Gefangenen alles unterschreibt; aber wir wollen hoffen, daß sie doch die Herausgabe der Gefangenen erreicht. Das Volksgewissen muß aufstehen gegen dieses schwerste Verbrechen der Weltgeschichte! Wir müssen unseren Ruf erheben lassen: Heraus endlich mit unseren Kriegsgefangenen! (Bravender Beifall.)

Nach einer Aussprache, in der mehrere Redner das traurige Los der Gefangenen schilderten, und im Namen der Menschlichkeit dagegen Einspruch erhoben, sprach der Vorsitzende, Herr Ingenieur Wupp in seinem Schlußwort die Hoffnung aus, daß Einsicht und Menschlichkeit doch noch dazu führe, daß die Gefangenen noch vor Weihnachten die Heimat erreichen. Die eindringliche Kundgebung schloß mit der einstimmigen Annahme der vorgelegten Entschlüsse.

Minister Hummel über die Lage.

BC. In einer großen öffentlichen Versammlung in Karlsruhe sprach am Freitag der Vorsitzende der Landesorganisation der Deutschen Demokratischen Partei Minister Hummel über die derzeitige politische Lage und die Aufgaben der deutschen Demokratie. Der Redner sagte u. a.:

Es ist eine grundsätzliche Betrachtungsweise, die gegenwärtige Zeit zu vergleichen will, mit der vor dem Krieg und daraus ein abschließendes Urteil über unsere derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abzuleiten. Wenn man die jetzige Lage richtig verstehen will, muß man sie vergleichen mit den Verhältnissen vom 9. November 1918; nur dann ist es möglich, ein gerechtes Urteil zu bekommen über das, was wir noch erreichen können. Eine große Anzahl deutscher Staatsbürger steht auf dem Standpunkt, daß die Ereignisse des 9. November zurückgehen auf den Willen einiger dösnwilliger Mitteleuropäer. So falsch diese Ansicht ist, so richtig ist die darin zum Ausdruck kommende Einschätzung der Realität, über die der alte Staat damals noch verfügte. Auf die Unzulänglichkeit der diplomatischen Vertretungen des alten Reichs hat schon der frühere Führer der nationalliberalen Partei Wassermann im Reichstag immer und immer wieder hingewiesen. Das schärfste Urteil über die Unzulänglichkeit der zivilen und militärischen Behörden des alten Reichs hat Tirpitz in seinem Buche gefällt. Der morsche Zustand dieser alten

Staatsverrichtungen ist die einzige Erklärung dafür, daß das alte Reich am 9. November zwischen 12 und 1 Uhr aus dem Zustand der Monarchie in den der Republik übergeführt werden konnte. Man muß sich jener Zeit erinnern, um sich einigermaßen ein Bild machen zu können, von dem, was seither geschah. Im November 1918 war die Macht in den Händen einer geringen Zahl von Phantasten. Aufgabe der vorläufigen Volksregierung war es, diese Macht selbst in die Hände zu bekommen. Es ist vollkommen richtig, daß diese Regierungen auch Fehler begingen und noch begehen, aber Fehler werden nur diejenigen nicht machen, die überhaupt nichts tun. In jenen schweren Tagen haben die Monarchisten ihre monarchische Gesinnung verlegt gehabt. Mangels eines Monarchen mußte die neue Verfassung eine republikanische werden. Dann mußte der gesamte Komplex der großen wirtschaftlichen Fragen erledigt werden, für die Ernährung der Bevölkerung mußte gesorgt werden, ebenso für die öffentliche Sicherheit und an die Stelle des alten Heeres mußte ein anderes treten, auf das sich der Staat in schwierigen Augenblicken verlassen konnte. Es war schon eine ansehnliche Leistung, daß man schon im August d. J. in Baden und anderen Kurorten bei ganz erträglicher Verpflegung über die neue Regierung schimpfen konnte, ohne daß man befürchten mußte, von Maschinengewehren beschossen zu werden.

Parteilichkeit hatten wir im November 1918 eine starke Sozialdemokratie und ein starkes Zentrum, das durch die Revolution ebenfalls nicht erschüttert worden war. Da entstand die Frage nach einer Zusammenfassung aller dessen, was nicht konservativ dachte und nicht zu den beiden genannten Parteien zählte, also zu jener Gruppe, die man das freiheitlich gestimmte Bürgerium nennt. Aus dem Bedürfnis einer Zusammenfassung dieser großen Gruppe Menschen entstand die deutsche demokratische Partei. Wenn diese Gruppe nicht latentlos abseits stehen wollte, blieb nichts anderes übrig, als mit Zentrum und Sozialdemokratie zusammen eine Regierungscoalition zu bilden und die Politik dieser Koalition konnte nur eine Kompromisspolitik sein, die nur denkbar war mit Konzessionen nach der einen und nach der anderen Seite hin. Die Frage der Staatsform war gelöst, nachdem Sozialdemokratie und Zentrum sich fest entschlossen auf den Boden der Republik stellten.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Minister Hummel u. a. weiter aus: Die schweren wirtschaftlichen Nöte, die der Krieg im Gefolge hat, werden wir erst dann überwinden können, wenn alle Kreise unserer Bevölkerung sich daran gewöhnen haben, daß sie an der Verarmung ebenso teilnehmen müssen, wie sie an dem früheren Wohlstand teilgenommen haben. — Die heutige Parteigruppierung zeigt auf der einen Seite eine noch immer entschlossene starke Gruppe von Anhängern sozialistischer und bolschewistischer Ideen und auf der anderen Seite die Gruppe der Rechtsparteien, die fest entschlossen sind, die Verhältnisse zu einem Konflikt zu treiben. Wenn wir sehen, wie gerade von Seiten der Rechten die Gegenläufe immer mehr verschärft werden, so beschleicht uns die Befürchtung, daß wir am Vorabend einer neuen Revolution stehen. Es gibt noch ein Rest von Autorität in Deutschland und auch dieser Rest von Autorität soll nach dem Willen der Rechtsparteien noch untergraben werden. Wir sehen sie ein Mißbrauch treiben mit monarchischen Empfindungen, wie sie in weiten Kreisen des deutschen Volkes noch vorhanden sind. Wir sehen, wie sie die wirtschaftlichen und sozialen Interessen gegenläufe bewußt verschärft. In dieser Richtung erblicken die Katastrophopolitiker die Lösung der ganzen Frage und hoffen auf einen starken Mann, der die jetzige Regierung zertrümmert und unser Volk neuen und herrlichen Zielen ent-

Zeichnungsschluß: 10. Dez. 1919 • Einzahlungstermin: 1.-8. Januar 1920 • 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:		
10 Gewinne zu	1000000	10000000
10	500000	5000000
10	300000	3000000
10	200000	2000000
20	150000	3000000
40	100000	4000000
100	50000	5000000
200	25000	5000000
400	10000	4000000
600	5000	3000000
800	3000	2400000
800	2000	1600000
2000	1000	2000000
5000 Gewinne		50000000

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Ziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelassene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungswweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.-8. Januar 1920.

Bezeichnung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.

